Neueste Börsen-Telegramme.

Berlin, 28. Febr. Nach Angabe der Bilanzrevisionskommission erklärte sich der Aufsichtsrath der Diskontogesellschaft mit den Geschäfts-Inhabern einverstanden, pro 1887 eine Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen.

Frankfurt a. M., 28. Febr. (Schluß.) Credit 214¼, Staatsbahn 172¼, Lomb. 60⅝, Galizier [illegible], Egypter 77,10, 4proz. Ung. Goldrente 77,10, Disconto 189,80. Behauptet.

Wien, 28 Februar. (Schluß.) Credit 268,60, Staatsbahn 214,30, Lomb. 76,00, Nordwestbahn 152,50, Marknoten 62,20, Ung. Credit 268,50. Ruhig.

Dresdner Nachrichten

33. Jahrgang. Aufl. 46,000 Exempl. Dresden, 1888.

Meyer's Schlafröcke, Joppen, Saccos, Blousen, Havelocks, Mäntel in allen Arten und Preisen. Dresdner Schlafrock-Fabrik von S. Meyer jun., Frauenstrasse 4 u. 5.

Stettin, 28. Febr. (Getreidem.) Weizen still, loco 157—168, April-Mai 165,00, Juni-Juli 169,00. Roggen still, loco 100—112, April-Mai 114,50, Juni-Juli 119,00. Pommerscher Hafer loco 102—109. Rüböl unverändert, Februar 44,50, April-Mai 44,50. Spiritus unv., loco ohne Faß versteuert 96,50, mit 50 M. Konsumsteuer 47,00, mit 70 M. Konsumsteuer 29,00, April-Mai 98,00. Petroleum loco verzollt 12,80.

Breslau, 28 Febr. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Ltr. 100% exkl. 50 M. Verbrauchsabgabe per Febr. 45,70, April-Mai 47,50, Mai-Juni 48,00, do. 70 M. Februar 27,70, April-Mai —. Roggen Febr.-März 109,00, April-Mai 111,50, Mai-Juni 113,50. Rüböl per Februar 45,50, April-Mai 45,50. Zink umsatzlos. — Wetter: Schön.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 7. Eisen-, Kurz- und Gußwaaren. Specialität: **Alle Sorten eiserne Oefen, Bau-Artikel** und **Wirthschafts-Gegenstände.**

I. u. grösste Masken- u. Theater-Garderobe **Max Jacobi,** 2 Galeriestrasse 2 part. und erste Etage. **Dominos** in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. **Telephon Nr. 389.**

W. Höffert, Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph, Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10. Berlin, Leipzigerplatz 12.

Prof. Dr. Jäger's **Normal-Anzüge,** genau nach Maaß, **Tricot-Stoffe,** von 10 Mark an per Meter. Jean Schieme Nachf., Neustädter Rathhaus.

Nr. 60. Spiegel: Arbeiten des Reichstags, die Klerikalen im preußischen Abgeordnetenhause, französische Wahlen, Bulgarenwirren, Landtagsverhandlungen, Spiritussteuer, Gerichtsverhandlungen, Kunstvereinsausstellung, Vortrag Fritz Schultze. | **Mittwoch, 29. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Das Hütezählen gehört zu den Reichstags-Einrichtungen, di. namentlich am Anfang und am Schlusse einer Tagung geübt werden. Ein Abgeordneter, der besondere Ursache hat, die Beschlußfassung über irgend einen Berathungsgegenstand zu hintertreiben oder doch aufzuschieben, begiebt sich in die Wandelgänge hinaus und zählt die Kopfbedeckungen der Abgeordneten. Sie erst geben klare Antwort auf die Frage nach der Zahl der im Reichstagsgebäude sich aufhaltenden Volksvertreter. Denn, wenn blos im Sitzungssaal etwa 100 Abgeordnete den Verhandlungen folgen, so ergiebt sich daraus noch nicht die Beschlußunfähigkeit überhaupt. Daneben kann noch ein zweites Hundert im Gebäude selbst sich zerstreut aufhalten: in gleichzeitiger Sitzung einer Kommission, im Lese-, Restaurations- oder Rauchzimmer oder im Gespräch mit anderen oder Provinzbesuchern. Der Druck des pneumatischen Apparats klingelt dann rasch Alle von draußen in den Sitzungssaal. Die Beschlußfähigkeit stellt sich dann her, wenigstens auf kurze Zeit. Hängen aber blos 100 und etliche Hüte draußen an den Wänden herum, so vermag auch der ungeduldigste Telegraph nicht binnen einer Viertelstunde ein beschlußfähiges Haus zusammenzubimmeln. Da nun den Deutschfreisinnigen daran lag, dem Gesetze betreffs Beschränkung der Oeffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen Schwierigkeiten zu bereiten, so bezweifelten sie am Montag die Beschlußfähigkeit des Reichstags, und zwar mit Erfolg. Die Sitzung mußte abgebrochen werden. Das Schauspiel der Beschlußunfähigkeit dürfte sich leider wiederholen, wenn nicht die Abgeordneten für den Rest der Tagung besseren Eifer entwickeln. Es ist ihnen damit nicht zuviel zugemuthet. So überarbeitet haben sich unsere Abgeordneten noch lange nicht, als daß sie nicht für einen anständigen Ausgang der gegenwärtigen Tagung sorgen könnten. Der Anblick einer sich mühsam hinquälenden pflichtgetreuen Minderheit wäre geradezu unverantwortlich, trügen nicht mehrere Umstände zur Entschuldigung bei. Einmal gingen bei dem neuen Wehr- und Anleihegesetz die Wogen patriotischer Begeisterung so hoch, daß nachher die Spannkraft der Gemüther etwas nachlassen mußte; sodann stellte sich nach den aufregenden Sozialisten-Debatten ein Gefühl der Uebermüdung ein; außerdem ist das Schicksal der meisten Gesetze, Dank der Mehrheit der Kartellparteien, von vornherein so bestimmt vorauszusehen, daß die Minderheit wenig Aussichten auf Aenderungen hat, die Mehrheit aber in ihrem sicheren Machtgefühl lässig wird — endlich liegt die Krankheit des Kronprinzen wie ein schwerer Alp auf allen Gemüthern, die Schaffensfreudigkeit beim Arbeiten drückend. Die Nachrichten aus San Remo lauten ja immer trostloser. Dem Schmerze der Nation tritt der Unwille über die Aerzte hinzu. Die Krankenberichte geben nicht blos von widerspruchsvollen Ansichten und persönlichen Zerwürfnissen der Aerzte Kunde, sondern auch von dem Streben, sich zu entlasten und die Schuld den mitbehandelnden Kollegen aufzubürden. Die 7 Aerzte in San Remo erinnern unwillkürlich an die 7 Schwaben, von denen sich Jeder hinter den Anderen stecken und verkriechen möchte. Es ist dies eines der unerquicklichsten Kapitel in dieser schmerzhaft-trüben Angelegenheit.

Der Gesetzentwurf selbst, bezüglich dessen sich die Beschlußunfähigkeit des Reichstags herausstellte, bezweckt, daß das Gericht für die Gerichtsverhandlungen oder für einen Theil derselben die Oeffentlichkeit ausschließen kann, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt. Diese Beschränkung der Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ist gewiß mißbräuchlicher Anwendung ausgesetzt; es wird auch nie gelingen, eine Fassung festzustellen, welche vollständige Bürgschaften gegen einen Mißbrauch gewährt. Aber der Ausschuß hat dem Gesetzentwurfe eine solche Gestalt gegeben, daß Befürchtungen nicht Platz zu greifen haben. Der Grundsatz der Oeffentlichkeit der Rechtsprechung wird dadurch nicht angetastet. Vorher beschäftigte sich der Reichstag mit dem Vogelschutzgesetze. Für dasselbe stimmte auch der Abg. Meyer-Halle trotz schwerer Bedenken; denn nach seiner Auffassung verwirklicht das Gesetz nur zum geringsten Theile den Schutz der gefiederten Welt. Die Gefahr bei diesem Stücke der Gesetzgebung liegt nicht darin, daß man beim Schutze der Vögel zu weit geht, sondern darin, daß man nicht weit genug geht. Nach Dr. Meyer's Ansicht sind auch nach dem jetzigen Schutzgesetze die Vögel vor ihren Feinden (und dazu gehört die Habsucht, der Unverstand und die Grausamkeit des Menschengeschlechtes leider gar sehr) durchaus nicht in der wünschenswerthen Weise geschützt. Weder wurde auch in der 3. Lesung die Wachtel aus der Liste der jagdbaren Thiere gestrichen, noch der Krammetsvogelfang auf das zulässigste Maß beschränkt, noch das Fangen von Vögeln mittelst Schlingen, die unterhalb der Dohnen angebracht sind, verboten. Mit letzterem Beschlusse hat der Reichstag unzähligen Singvögeln, besonders Meisen und Rothkehlchen, eigenhändig die Dohnenschlingen geflochten. Auch dem Kiebitz ging es nicht gut. Die Verehrer der Kiebitzeier wollten sich nicht ihre leckeren Dotter entgehen lassen. Das Sammeln der Kiebitzeier sollte doch seine Grenze haben. Der Hauptnutzen des Kiebitz besteht (so urtheilt die menschliche Beschränktheit, die sich vermißt, die Thiere in nützliche oder schädliche einzutheilen, während doch jedes Geschöpf im Haushalte der Natur seinen ihm von der Weisheit des Schöpfers angewiesenen Beruf erfüllt) im Eierlegen. Aber der Kiebitz, bemerkte witzig Dr. Meyer, ist ein komischer Vogel; er legt die Eier nur, wenn er überhaupt vorhanden ist. Der Kiebitz ist aber auch ein sehr liebenswürdiger Vogel, er legt von Neuem, wenn man ihm die ersten Eier wegnimmt. Aber mehr kann er beim besten Willen nicht. Menschlicher Unverstand aber stellt ihm so nach, daß dieser prächtige Vogel allmählich ausstirbt. Seitdem vermehrt sich das Ungeziefer in den Mooren, sodaß die Landwirthe zu klagen anfangen. Alles das bewog den Reichstag nicht, scharfe Vorkehrungen zu treffen. Man muß das Vogelschutzgesetz hinnehmen, so wie es beschlossen wurde, in der Ueberzeugung, daß ein besseres nicht zu erlangen war.

Daß Deutschland, insonderheit Preußen, erfreulicherweise längere Zeit nicht von kirchlichen Wirren und Streitigkeiten heimgesucht wurde, ist gar nicht nach dem Herzen der Kapläne. Die Centrumspartei des preußischen Landtags hat sich aufgemacht, in die erlahmende klerikale Bewegung wieder etwas Munterkeit zu bringen. Bald wird das preußische Abgeordnetenhaus von heftigen kirchenpolitischen Erörterungen widerhallen. Zwei Anträge geben Zeugniß von dieser Absicht. Der eine ist an sich nicht unberechtigt. In Preußen sind bekanntlich, nach Wiederherstellung des Kirchenfriedens, mehrere bisher verbotene geistliche Orden wieder zugelassen. Der Abg. Prinz v. Arenberg beantragt nun, diesen Mönchs- und Nonnenklöstern die Korporationsrechte und besonders die Vermögensverwaltung zu ertheilen. Dagegen läßt sich nicht viel einwenden, umsomehr gegen den 2. Antrag, der an der Spitze den Namen Windthorst's trägt. Mit ihm eröffnet der Ultramontanismus den Kampf um die preußische Volksschule. In Preußen fehlte es bis jetzt an einem umfassenden Unterrichtsgesetz; dazu wird es sobald auch nicht kommen. Windthorst will nun schon im Voraus die Schule, die doch eine Staatsanstalt ist, zu einem Anhängsel der Kirche machen. Wenn kein Lehrer ohne die dauernde Zustimmung des Bischofs an einer preußischen Volksschule soll angestellt werden dürfen, so hört die Schule auf, eine Veranstaltung des Staats zu sein. Der Antrag Windthorst ist von übermüthiger Dreistigkeit eingegeben. Es ist lediglich auf eine politische Demonstration abgesehen.

Die am vorigen Sonntag in Frankreich vorgenommenen 9 Ersatzwahlen für die Abgeordnetenkammer sind nicht ungünstig für die gemäßigten Republikaner ausgefallen. In 7 Departements wurde gewählt, in 4 betheiligten sich die Monarchisten überhaupt nicht am Wahlkampfe. Sie sparen ihre Kräfte für die allgemeinen Wahlen auf, die nach Auflösung der Deputirtenkammer einzutreten haben, und der jetzigen Kammer giebt Niemand mehr langes Leben. Mit sehr geringer Mehrheit siegte in den Hochalpen der Minister des Aeußeren, Flourens; er ist jetzt Deputirter geworden und hat damit für den Fall eines Sturzes der Regierung die Anwartschaft auf Berufung zur Bildung eines neuen Kabinets sich erworben. Für Boulanger sind in allen Departements zusammen nicht weniger als 28,000 Stimmen abgegeben worden. Es ist dies ein wohlbeachtliches Plebiscit für den künftigen Diktator Frankreichs. Da er als aktiver General nicht wählbar ist, besagen die 28,000 Stimmen, daß sie ihn auch im Widerspruch zu den Gesetzen an die Spitze des Staats berufen sehen möchten.

Als das wahrscheinlichste Ergebniß des bekannten russischen Vorgehens in Betreff der Bulgarenwirren bezeichnet man eine endlose Verschleppung. Nicht der Krieg kommt heraus, sondern eine neue Periode des Stillstehens und Stockens. Es läge unseres Erachtens im allgemeinen Interesse, wenn der Zar wenigstens diplomatisch Erfolg hätte. Setzt man ihn auch hier einer neuen Niederlage aus, so macht man es ihm unmöglich, seine Truppen von der deutsch-österreichischen Grenze zurückzuziehen. Das könnte er aber, wenn man ihn wenigstens diplomatisch einen Sieg erfechten ließe. Selbst in dem mißtrauischen Wien ist man von den friedlichen und versöhnlichen Absichten Rußlands jetzt mehr als je in dem langen Verlaufe der Bulgarenwirren überzeugt.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 28. Febr.

Berlin. Der Reichstag lehnte die beantragte Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs des „Boten a. d. Riesengebirge" und der für die Verbreitung eines sozialdemokratischen Wahlflugblattes verantwortlichen Personen wegen Beleidigung des Reichstages ab. Dr. Barth (freis.) sprach dabei die Hoffnung aus, daß künftig der Staatsanwalt Beme, der die Sache des Redakteurs Dücholt in Hirschberg zuerst aufgebracht habe, selbst seiner Beleidigung des Reichstages sich schuldig machen werde. Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Rechtsverhältnisse in den Schutzgebieten. Rintelen beantragt Aufnahme des folgenden neuen Paragraphen: Die Bestimmung des Art. 6, 3 der Kongoakte, welcher lautet: „Gewissensfreiheit und religiöse Duldung werden sowohl den Eingeborenen wie den Landesangehörigen und Fremden ausdrücklich gewährleistet. Freie und öffentliche Ausübung aller Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Errichtung von Missionen, welcher Art des Kultus dieselben angehören mögen, soll keinerlei Beschränkung noch Hinderung unterliegen" findet auf die deutschen Schutzgebiete Anwendung. Hahn (kons.) hält den Antrag nach den in der Kommission gegebenen Erklärungen für überflüssig. Windthorst beantragt: in der Erwägung, daß die Anwendung der Grundsätze der Kongoakte nach den Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen als selbstverständlich angesehen sei, geht der Reichstag über den Antrag Rintelen zur Tagesordnung über. Die Abstimmung ergiebt 80 Stimmen für, 104 gegen den Antrag. Der Reichstag ist somit nicht beschlußfähig. — Morgen: Anträge betr. Erweiterung der Competenz der Schwurgerichte, Berufung, Befähigungsnachweis.

Berlin. Das preußische Abgeordnetenhaus nahm heute die Etats der indirekten Steuern und der Staatsschuldenverwaltung unverändert an. Finanzminister v. Scholz theilte hierbei mit, daß die Verzinsung der neuen Reichsanleihe für Militärzwecke eine wesentliche Erhöhung der Matrikularbeiträge für das neue Etatsjahr nicht erfordere. Morgen Antrag des Prinzen von Arenberg und Genossen (Centrum) betr. Korporationsrechte der geistlichen Orden.

Berlin. Der „Nat.-Ztg." wird aus San Remo gemeldet: Die Nacht war ziemlich gut. Das Befinden des Kronprinzen ist unverändert. Prof. Kußmaul ist abgereist. Geh. Rath v. Bergmann hatte den Kaiser telegraphisch gebeten, abreisen zu dürfen, bleibt jedoch auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers noch dort. — Die „Post" erklärt die Nachricht, Prinz Hans von Hohenlohe sei der sich selbst zugefügten Verwundung erlegen, für unrichtig. Der Genannte liege in der That schwer darnieder, doch sei keineswegs die Hoffnung aufgegeben, daß er noch gerettet werden könne. Alles, was bisher über die Motive der unglücklichen That gesagt worden, entbehre jeder thatsächlichen Begründung. Wahrscheinlich sei, daß der Prinz, der bereits längere Zeit infolge eines gastrisch-nervösen Leidens in sehr gedrückter Stimmung war, in einem heftigen Anfall den Versuch gemacht habe, seinem Leben ein Ende zu machen. Dafür spreche besonders auch der Umstand, daß er noch bis kurz vor der That mit Vorbereitungen zur Abreise nach Deutschland beschäftigt war. — Prinz Wilhelm begiebt sich von Karlsruhe aus zu einem kurzen Besuch seiner Eltern nach San Remo. — Der Kaiser ermächtigte den Generalintendanten Grafen Hochberg, während der Monate Mai, Juni und September d. J. für die Vorstellungen des königl. Schauspielhauses das Wallnertheater zu pachten. Das Schauspielhaus wird währenddem umfassenden Umbauten unterworfen. — Der Propst der hiesigen Hedwigskirche, Aßmann, wurde an Stelle Namszanowski's zum Bischof ausersehen. Namszanowski war während des Kulturkampfes abgesetzt worden und die Stelle seitdem unbesetzt geblieben. — Der Urlaub des Reichsschatzsekretärs Jacobi wurde wieder auf einige Wochen verlängert.

Berlin. In der gestrigen Sitzung der Aeltesten der Kaufmannschaft gelangte der Erlaß des Handelsministers über die Zustände an der hiesigen Getreidebörse zur Berathung. Es wurde die Niedersetzung einer 7gliederigen Kommission beschlossen, welche die Angelegenheit erörtern und Bericht erstatten soll.

Paris. Der Direktor des naturwissenschaftlichen Museums, Fremy, legte gestern in der Akademie Rubinen vor, die er auf künstlichem Wege hergestellt. — Der Ministerrath berieth den „Fall Boulanger", dessen Einverständniß mit den Agitatoren für seine Wahl bewiesen ist. Ueber eventuelle Maßregeln ist noch kein Beschluß gefaßt.

Petersburg. „Nowoje Wremja" meldet, daß der Bau des Kriegshafens Libau endgiltig beschlossen sei und schon im nächsten Frühjahr begonnen werden solle.

London. Der „Times" wird aus Wien gemeldet: England und Italien forderten von dem russischen Kabinet betr. seines Vorschlages zur bulgarischen Frage vollere Aufschlüsse als Oesterreich. Darauf gab Rußland die nicht formelle Erklärung ab, es würde niemals einen römischen Katholiken als Fürsten von Bulgarien billigen.

Die Berliner Börse steht fortgesetzt unter dem Einfluß des andauernden Rückgangs der russischen Werthe. An den bekannt gewordenen größeren Fallissements in Petersburg sollen hiesige Banken betheiligt sein. Banken eröffneten zwar besser, gingen aber bald zurück. Für österreichische Bahnen bestand geringeres Interesse, Abschwächungen wogen vor; deutsche Bahnen waren still, Marienburger und Ostpreußen auf Nachrichten von Schneeverwehungen matt. Fremde Renten matt, besonders Russen und Italiener. Nach leichten Befestigungen trat gegen Schluß abermals eine Ermattung ein, besonders waren Russen stark angeboten. Im Kassaverkehr waren Bahnen still, Banken matt, russische Werthe flau, Bergwerke leblos, Industrien vorwiegend fest, ebenso deutsche Fonds, dagegen österreichische Prioritäten matt. Privatdiskont 1½ Prozent.

Paris, 28. Februar. (Schluß.) Rente 82,17, Anleihe 106,40, Italiener 93,47, Staatsbahn 428,75, Lombarden 170,00, do. Prioritäten —,—. Spanier 66,87, Egypter 379,06. Ottomanen 498,12, Neue Anleihe —. Türken —. Behauptet.

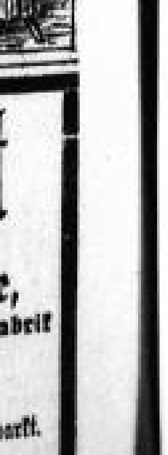
London, 28. Februar. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 102 5/16, 1873er Russen [illegible], Italiener 92⅛, Lombarden 6 11/16, Konv. Türken 13⅞, 4proz. fundirte Amerikaner 128⅛, 4proz. Ungar. Goldrente 75, Oesterr. Goldrente 86, Preuß. Consols 105⅛, Aegypter 71⅛, Neue Egypter 101, Garant. Egypter 103⅝, Ottomanbank 9⅛, Suez-Aktien 83⅝, Spanier 66 11/16. — Stimmung: Matt. — Wetter: Kalt.

Amsterdam, 28. Februar. Produkten (Schluß). Weizen per März —, per Mai 191. Roggen per März 107, per Mai —.

Paris (Produkten), 28. Februar. (Schluß.) Weizen per Februar 24,10, per Mai-August 24,30, behauptet. Spiritus per Februar 46,25, per Mai-August 47,00, ruhig. Rüböl per Februar 49,75, per Mai-August 51,00, fest.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Majestät die Königin beehrte gestern Mittag in Begleitung der Hofdame Frl. v. Carlowitz die Kunstgewerbehalle und die Thee- und Porzellan-Handlung von O. Zehfeld, Victoriastraße 20, mit einem Besuche und geruhte Verschiedenes daselbst einzukaufen.

— Landtag. Keine Sitzung der 2. Kammer bietet eine so günstige Gelegenheit, in der Debatte eine möglichst große Anzahl Abgeordneter kennen zu lernen, als die Verhandlung über die auf Erbauung von Eisenbahnen und Errichtung von Haltestellen eingegangenen Petitionen. Wohl jeder Wahlkreis, mit Ausnahme vielleicht der größeren Städte, hat seine Eisenbahnschmerzen und erwartet von seinem Vertreter, daß er der Kammer und der Regierung die Krankheitsgeschichte in bewegter Schilderung vor die Augen führt. Dem Landtag waren diesmal nicht weniger als 61 verschiedene Eisenbahnwünsche theilweise unterbreitet worden, von denen gestern in 5½stündiger Sitzung 29 Erledigung fanden. Nicht weniger als 71 Mal wurde hierbei von 43 Abgeordneten das Wort ergriffen. Auf die Einzelheiten dieser Auslassungen einzugehen, ist für die Berichterstattung ein Ding der Unmöglichkeit. Dieselbe beschränkt sich demnach nur auf die Wiedergabe der Beschlüsse und die Nennung der einzelnen Redner. Die günstigste Censur der Uebergabe zur Erwägung erhielten nachstehende Petitionen: Anschluß Bernstadts an die sächsischen Staatseisenbahnen (befürwortet durch Präsident Dr. Haberkorn und die Abg. Matthes, Bierbisch, Heinze, Böhme, May), Beucha-Nerchau-Trebsen (Ahnert, Müller-Colditz, Dabritz, Köckert), Dürrröhrsdorf-Dresden, Eich-Auerbach (Grahl, v. Polenz), Falkenstein-Schöneck (Opitz, Grahl, v. Polenz), Einrichtung des Stückgutverkehrs in Grüna (Jungnickel), Limbach-Wüstenbrand (Jungnickel, Uhlmann-Stollberg, Oehmig, Uhle), Lindenau-Markranstädt (Philipp, Mühlig, Ahnert, May). — Ein Minoritätsantrag auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme konnte nur 5 Stimmen auf sich vereinigen), Löbau-Weißenberg event. Kleinwelka (Philipp, Dr. Haberkorn, Strauch, Heinze und Weigang; ein Antrag des letzteren Abgeordneten, auch den Anschluß der Stadt Weißenberg in der Richtung nach Kubschütz in Erwägung zu ziehen, wird gegen 13 Stimmen abgelehnt). Zur Kenntnißnahme werden übergeben: Altenburg-Kohren-Narsdorf (befürwortet durch die Abgg. Keßner, Rößner und Berger), Altenburg-Penig-Burgstädt-Mittweida, Hainichen-Freiberg (Keßner, Starke, Knechtel, Müller-Freiberg), Altenburg-Waldenburg-Limbach (Oehmig, Gelbke, Leuthold), Altchemnitz-Harthau-Neukirchen-Jahnsdorf (Uhlmann-Stollberg, Drechsel, Möbius, Philipp), Fortführung der Chemnitz-Aue-Adorfer Eisenbahn nach Hof (befürwortet durch die Abgg. Wehner und Grahl; zugleich wurde die Ermächtigung zur Ertheilung des Expropriationsbefugnisses an das Eisenbahnkomitee Asch-Roßbach für die Strecke Roßbach-Ebmath-Posseck-Landesgrenze ausgesprochen), Ehrenfriedersdorf-Geyer-Zwönitz (Uhlmann-Stollberg), Haltestelle Ellefeld (v. Polenz), Freiberg-Halsbrücke-Nossen (v. Bosse, Horst), Grimma-Lausigk-Borna-Groitzsch-Pegau (Philipp, Ahnert, Köckert, Rößner), Ortmannsdorf-Höhlteich (Berger), Wilkau-Höhlteich (Georgi, Berger), Kipsdorf-Altenberg-Moldau (Stryer, Ackermann), Krummhennersdorf-Hohenstein-Lohmen (Schreck), Limbach-St. Egidien (Gelbke, Jungnickel), Lottengrün-Plauen (Zeidler). Auf sich beruhen blieben schließlich: Bischofswerda-Großröhrsdorf-Königsbrück (Abg. Dr. Minckwitz), Cranzahl-Oberwiesenthal (Cruwell, Möbius), Haltestelle Döltzschen bei Plauen (Branich), Haltestelle Großiermuth, Großhartmannsdorf-Rauenstein (Heymann). — Die 1. Kammer erklärte in ihrer gestrigen Sitzung in anderweiter Berathung ihre

Kunstgewerblichen Zimmerschmuck kauft man vortheilhaft bei **E. Kreinsen,** Amalienstrasse, Ecke Seestrasse.